

Helmut Kramer

Wirtschaftskrise und Wirtschaftswissenschaft

Wie die Reputation von Bankmanagement, Notenbanken, Finanzmarktaufsicht, EU-Behörden und Politik litt in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auch das Ansehen der Ökonomie. Viel an Kritik kam wieder hoch, die der Ökonomie schon seit jeher und oft nicht ganz zu Recht anhängt. Aus dem Ereignis sind Schlüsse für die Weiterentwicklung der Wirtschaftswissenschaft zu ziehen. Manche grundsätzlichen Annahmen der Wirtschaftswissenschaft und manche dogmengeschichtlichen Traditionen bewirkten, dass die Krise widersprüchliche und gelegentlich fatal falsche Empfehlungen hervorrief. Unter dem Eindruck der Prozesse, die seit 2007 krisenhafte und gefährliche Wendungen nahmen, ist wohl einiges zu überprüfen.

Der Autor dankt Gunther Tichy für wertvolle Anregungen und Ergänzungen. • E-Mail-Adresse: HelmutKramer@gmx.at

Wie die Reputation von Bankmanagement, Notenbanken, Finanzmarktaufsicht, EU-Behörden und Politik litt in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auch das Ansehen der Ökonomie. Alte Schwächen dieser "dismal science" wurden offensichtlich: Denken in allzu abstrakten Modellen, Mangel an Empirie, an historischen Erfahrungen und daher an Relevanz, häufig auch wissenschaftlich hinderlicher Gehalt an Ideologie mit eingengtem Gesichtsfeld, das den Blick auf benachbarte Sozialwissenschaften scheut. Die Ökonomie hatte zuvor über Jahrzehnte eine enorme Aufwertung in der Politik erfahren und sich nicht selten zu einer übertriebenen Selbsteinschätzung hinreißen lassen.

Die weltweite und die noch dramatischere europäische Wirtschafts-, Banken- und Staatsschuldenkrise, die nach wie vor schwelen, haben die ökonomische Wissenschaft bis in ihre Fundamente erschüttert. Immerhin liefert nun die Krise reiche und spannende Evidenz über die Ursachen und Abläufe wie über Therapie und Prävention. Das verspricht – hoffentlich – einen Quantensprung der Ökonomie, vielleicht einen so bedeutenden, wie ihn die Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren mit Keynes' "General Theory" (1936) brachte.

Curriculum

Prof. Dr. Helmut Kramer wurde 1939 in Bregenz geboren. Er absolvierte das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien und trat 1963 als wissenschaftlicher Referent in das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung ein. Von 1981 bis 2005 war er dessen Leiter. Seit 1972 hatte er Lehraufträge in Finanzwissenschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien, seit 1990 eine Honorarprofessur für österreichische Wirtschaftspolitik an der Universität Wien. 2005 und 2006 führte ihn ein Lehrauftrag für Europäische Wirtschaftspolitik an die Universität Innsbruck. 2005 bis 2007 stand er als Rektor der Donau-Universität Krems vor. Seit 2009 ist er Vorsitzender der Österreichischen Plattform für Interdisziplinäre Altersfragen.

Seine Arbeitsschwerpunkte in der Wirtschaftsforschung waren Konjunktur, makroökonomische Wirtschaftspolitik, Ostöffnung, Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik. Er gab zahlreiche Gastvorlesungen an ausländischen Universitäten und publizierte vielfach in den WIFO-Monatsberichten und in wirtschaftspolitischen Zeitschriften.

Selbst wenn neue ökonomische Denkmodelle die richtigen Schlussfolgerungen aus der schweren Krise der Gegenwart zögen, wäre damit nicht gewährleistet, dass neue problematische Konstellationen, allenfalls ganz anderer Art, in Zukunft rechtzei-

tig erkannt würden. Das setzt größere Offenheit und Aufnahmebereitschaft auch für Botschaften aus anderen Wissensgebieten voraus.

Der vorliegende kurze Überblick über die mittlerweile ungeheuer breite Diskussion ist zwangsläufig eher rückwärts- als vorwärts orientiert. Er will ein faires Bild gewinnen, welche Fehler in der Ökonomie gemacht wurden und wie diese Erfahrung zum Besseren gewandt werden könnte. Die Schlussfolgerungen beziehen sich in erster Linie auf Fundamente der Wirtschaftstheorie und weniger auf ihre praktisch-politischen Anwendungen. Allerdings sollen neue Richtungen hervorgehoben werden, die für Aufgaben der politikorientierten Wirtschaftsforschung in Österreich besonders interessant erscheinen.

Mehrschichtige Kritik

Die Diskussion über die möglichen Ursachen und Folgen der Krise läuft auf mehreren übergreifenden Ebenen, vom Generellen ins Spezielle und vom längerfristigen Hintergrund in den aktuellen Hergang reichend. Die tiefste und generellste Ebene beschäftigt sich mit Fragen nach dem Wesen, dem Sinn und den Beweggründen wirtschaftlichen Handelns überhaupt und, darauf gestützt, mit Wirtschaftswachstum und Fortschritt. Darüber gelagert ist die Ebene der Wirtschaftsorganisation oder präziser Wirtschaftsordnung. Hier spielt die alte und nach wie vor nicht beigelegte Konfrontation von "Staat" und "Markt" eine abträgliche Rolle, die viel mit politischer Ideologie zu tun hat.

Auf dieser Ebene wiederum bauen wirtschaftspolitische Instrumente auf: weltweit und – derzeit besonders brisant – die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Ihre Konstruktion hielt dem unfreiwilligen Stresstest nicht stand und muss derzeit in aller Eile mit unabsehbaren Folgen gestützt werden. Die Krise der Staatsfinanzen und der Staatsverschuldung in Europa wurde infolge der manifesten grundsätzlichen Auffassungsunterschiede innerhalb der EU so brisant und hartnäckig.

Epizentrum der schweren Krise der Gegenwart sind die weltweiten Finanzmärkte. Die Mechanismen der wechselseitigen Beeinflussung von "Wall Street" und "Main Street" sowie schwierig zu durchschauende Konstruktionen innerhalb der Finanzwelt sind ein vorrangiges Thema. Zu überdenken ist überhaupt die Rolle des Finanz- und Bankensystems für eine Volkswirtschaft. Die Imputationen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind dabei wenig hilfreich.

Schließlich wird die Frage nach der Adäquatheit der Modelle der politikorientierten empirischen Wirtschaftsforschung aufzuwerfen sein.

Wesen und Ziele der Wirtschaft

Obwohl die Ursprünge der Ökonomie als Wissenschaft u. a. auf ethische Erörterungen (Adam Smith's "Theory of Moral Sentiments", 1759) zurückgeführt werden, spielte die Philosophie der Wirtschaft im letzten halben Jahrhundert in der politischen Realität – nicht zuletzt wegen der augenscheinlichen Erfolge in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg – eine geringe Rolle. Allerdings entwickelten alternative Denker und Denkschulen immer wieder Gegenmodelle. Die Beschäftigung mit diesen Grundfragen ging nie ganz verloren. Doch nun scheinen das Ausmaß der Krise und die allgemeine Rat- und Orientierungslosigkeit Fragen aufzuwerfen, die an die Fundamente der Wirtschaftswissenschaft rühren.

Die Frage des Wie und Warum wirtschaftlichen Handelns ist tatsächlich mehrere tausend Jahre alt und reicht über die Antike, das Christentum, Descartes, Adam Smith und Karl Marx bis in unsere Zeit, wenn sie schließlich in der Occupy-Bewegung neu gestellt wird. Mit der "Ökonomie von Gut und Böse" befasst sich auch Tomáš Sedláček, der heute 35-jährige Chefökonom der Tschechischen Handelsbank, in seinem internationalen Bestseller (Sedláček, 2009). Das Buch spricht die Grundfragen der Ökonomie an, weit über den Kreis der Berufsökonominnen hinaus. Es ist sogar zu befürchten, dass manche unter letzteren, die das Thema sehr wohl anginge, es deshalb nicht lesen, weil es, gänzlich untechnisch geschrieben, von ihnen als nicht ernst zu nehmen eingestuft wird. Die Lektüre macht bewusst, wie gedankenlos und ohne Prüfung die Ökonomie vielfach mit Axiomen über das Wesen und die Ziele des Wirtschaftens umgeht. Die in jüngerer Zeit so komplex gewordene Forderung nach Nachhaltigkeit etwa kommt ohne Rückgriff auf ethische Kategorien letztlich nicht

aus. In einer zentralen These stimme ich mit Sedláček nicht überein: Ich will nicht akzeptieren, dass wirtschaftlicher Fortschritt hauptsächlich auf materielle Unersättlichkeit zurückzuführen wäre.

Der zentrale Begriff des Wirtschaftswachstums stößt, auch vor dem Hintergrund der Geschichte und Philosophie der Ökonomie, mehr und mehr auf Kritik und Ablehnung. Sinn und Richtung der Wirtschaftsentwicklung sind seit mittlerweile rund einem halben Jahrhundert umstritten. Klimawandel und Erschöpfung nicht ersetzbarer Ressourcen legen Richtungsänderungen nahe, während die Wirtschaftskrise nur durch Wachstum überwindbar erscheint. Angesichts der beängstigend zunehmenden Arbeitslosigkeit in Europa, des andauernden Deleveraging im Finanzsektor und unhaltbar hoher Staatsschulden sieht die Ökonomie mehrheitlich in verstärktem Wirtschaftswachstum den Weg aus der Krise. Eine Minderheit befürwortet, die Krise als Instrument der Beseitigung der Ungleichgewichte wirken zu lassen, und beruft sich dabei auf die "Österreichische Schule", also auf Hayek und Mises, aber auch auf Schumpeters "Schöpferische Zerstörung".

Die Triebkräfte der Wirtschaftsentwicklung waren immer im Wandel: Die Kombination von natürlichen Ressourcen, Arbeit und Kapital und deren Qualität müssen veränderlich sein, lineares Wachstum versiegt sehr bald. Aber erweist sich jetzt die physische Begrenztheit der Ressourcen? Kann "grünes" Wachstum unter von der Bevölkerung akzeptierten Bedingungen rasch genug herbeigeführt werden? Markiert die Krise den Beginn einer dritten industriellen Revolution (Jeremy Rifkin)?

Kritiker betrachten hingegen Wirtschaftswachstum als Erfindung und Diktat der Ökonomie, die sich nicht mit den Bedingungen und dem "wahren Fortschritt" der menschlichen Gesellschaft auseinandersetze. Die Bekämpfung aktueller Probleme durch forciertes Wirtschaftswachstum, technologischen Wandel und internationale Integration bringe überdies regelmäßig neue, noch komplexere Probleme mit sich. Befragungen deuten darauf hin, dass Wirtschaftswachstum ab einem gewissen Entwicklungsstand rasch abnehmenden Zuwachs an "Glück" bringe. Hier stellt sich die Frage, ob ein Abbau der materiellen Güterversorgung nicht mit einem Verlust an "Glück" oder jedenfalls "Wohlbefinden" verbunden wäre, der viel weniger akzeptabel wäre als die Verschlechterung der Relation zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensqualität oder "Nachhaltigkeit".

Die gängige politische Forderung nach Wirtschaftswachstum zur Überwindung der Krise löst immer häufiger, gerade bei Intellektuellen, Widerspruch, Zukunftsängste, Kulturpessimismus und Radikalisierung aus. Diese Haltung kann schizophrene Züge aufweisen, und sie konzentriert sich verständlicherweise eher auf saturierte Schichten der Bevölkerung und das wirtschaftsferne Bildungsbürgertum. An die Stelle des Wirtschaftswachstums, das in der Nachkriegsepoche noch Fortschritt gebracht habe, müsse jetzt "Prosperität ohne Wachstum" treten ("Die Zeit").

Eine Ursache dieser Differenzen ist in dem oft achtlosen Gebrauch des Begriffes "Wirtschaftswachstum" in Politik, Medien und selbst der Ökonomie zu sehen. Wirtschaftswachstum kann arbeitssparend oder arbeitsbrauchend sein, energiesparend, aber auch energiebrauchend, und es kann auch mehr oder minder umweltverträglich sein. Jedenfalls können unterschiedlich profilierte Typen von Wirtschaftswachstum sehr unterschiedlich auf die Ökologie, auf die Verteilung des Wohlstandes und auf die Stabilität von Gesellschaften wirken. Ökonomie und Politik sollten "Wirtschaftswachstum" und "wachstumsbedingte Zunahme des Verbrauches begrenzter materieller Ressourcen" sorgfältig auseinanderhalten.

Als Wirtschaftswachstum wird gewöhnlich der inflationsbereinigte Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf (Bevölkerung) definiert: Wertschöpfung zu den gegebenen Kosten- und Preisstrukturen auf Märkten, im Wesentlichen auf diese beschränkt. Das BIP ist eine durch Konvention bestimmte Messgröße, allerdings sehr eng definiert. Sie kann als kurzfristig relevant angesehen werden, eignet sich aber für viele politische, vor allem längerfristige Überlegungen wenig. Eher verdeckt sie längerfristige Entwicklungsprozesse von Gesellschaft und Kultur hinter präzisen Zahlen. Hochrangige Kommissionen bemühen sich um bessere Maßstäbe, doch kann davon

Wachstum oder Fortschritt?

kaum eine generell akzeptierte, überzeugende Alternative erwartet werden. Das Dilemma zwischen objektiver Messbarkeit von Markttransaktionen (BIP) und Subjektivität von Wertvorstellungen ist grundsätzlich.

Spannender noch als die Auseinandersetzung über Fortschritt und Wachstum ist die Frage, ob aus Rücksicht auf die langfristigen Folgen für die Ökologie (und Kultur?) Einschränkungen des Verbrauches nicht erneuerbarer materieller Ressourcen notwendig sind und ob sie – und wie? – mit dem jeweiligen Bewusstseinsstand, mit dem Wandel der Präferenzen und metaökonomischen Wertvorstellungen in gesellschaftlichen Prozessen in Einklang zu bringen sind. Kursänderungen können nicht einfach verordnet werden, sondern müssen von breiter werdender Einsicht der Bevölkerung getragen werden, und diese muss sich in der Preisstruktur auf den Märkten allmählich durchsetzen.

Entwicklungen entlang dieser Überlegungen sind im Gang. Die Gesellschaft scheint sich mitten in einer größeren, vielleicht epochalen Kursänderung zu befinden. Verschiebungen der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse, Erschöpfungstendenzen und Innovationen auf den Energiemärkten, neue Technologien, dringender werdende Rücksichten auf Klima und Umwelt steuern die Kursänderung. Da sowohl deren Notwendigkeit überhaupt als auch deren Richtung aufgrund großer Unsicherheit nur sehr ungenau zu erkennen sind, sträuben sich etablierte Macht- und Wirtschaftsstrukturen hartnäckig. Ob die Änderungen trotz alarmierender Befunde rasch genug vor sich gehen werden kann niemand voraussagen. Wenn Einstein Recht hatte, dass nur das Weltall und die menschliche Dummheit grenzenlos seien (wobei er anmerkte, dass er sich bei ersterem nicht ganz sicher sei), dann müsste durch Abbau von Dummheit unbegrenzter Fortschritt winken. "Intelligentes Wachstum" ist die Formel dafür, aber die Worthülse gibt als Orientierung noch wenig her. Es scheint aber, dass sie in Richtung immaterieller und kultureller Höherentwicklung zu suchen wäre.

Ich fühle mich zerrissen zwischen der optimistischen Hoffnung des Ökonomen, dass Marktreaktionen und wirtschaftliche Interessen nicht auf nicht mehr gangbaren Wegen beharren können, sondern die Einsichten rechtzeitig gewinnen und die notwendigen Änderungen vorantreiben, und andererseits der aus täglicher Erfahrung und Enttäuschung genährten Skepsis, die Menschheit könnte für intelligentes Wachstum doch zu egoistisch, kurzsichtig und zu dumm sein.

Staat und Markt

Die Krise rührte neuerlich die alten Gegensätze über das Verhältnis von Staat und Markt auf: Auffälligen Zugewinn für die Konstruktion besserer Staats- und Gesellschaftsmodelle hat die Diskussion jedenfalls noch nicht gebracht. Nach wie vor läuft sie überwiegend in den immer gleichen ideologischen und dogmatischen Bahnen. Die Krise ist letztlich das Ergebnis von verhängnisvollem und synchronem Staats- und Marktversagen. Warum setzt sich die nüchterne Feststellung noch immer nicht gegen die idealtypischen Menschenbilder der Ideologien durch: jenes vom homo oeconomicus, der den eigenen und damit gleichzeitig den gesellschaftlichen Nutzen durch ökonomisch rationale Entscheidungen maximiert, und jenes vom Menschen als sozialem Wesen, nicht immer rational, mit Regungen des Altruismus, der Fairness und des Mitleids? Wie neuere Entwicklung der Empirie zeigen, muss gerade eine solche Haltung wirtschaftlich nicht ineffizient und leistungsfeindlich sein, sondern kann auch wirtschaftlich bessere Ergebnisse bringen.

Die Ursachen und der Hergang der Krise sind weder allein durch egoistische "Gier" noch durch Unverantwortlichkeit des "Staates" zu erklären. Im Aufbau der Kräfte, die in die Krise geführt haben, griffen Mängel des Weitblicks und Undurchsichtigkeit von Konstrukten, Populismus, Taktik und Wahltermine unheilvoll zusammen.

Insbesondere stehen einander nationale und übernationale Positionen gegenüber. Die Abtretung nationaler Souveränität in der EU wird trotz deren weitgehender Aushöhlung nach wie vor von nationalen Egoisten gebremst. Nicht zuletzt deshalb hat die Krise in Europa ein solches Ausmaß und eine so schicksalhafte Ratlosigkeit erreicht. Europa wurde unerwartet zum neuen Typ eines unregierbaren Staatswesens. Die Divergenzen innerhalb der EU lassen ausreichend rasche und effiziente Ent-

scheidungen (noch?) nicht zu. Die Führungseliten mögen sich über die alten nationalen Grenzen hinweg stark angenähert haben, große Teile der Bevölkerung kamen dabei jedoch nicht mit.

Die alten ideologischen Gräben innerhalb der Währungsunion zwischen den Postulaten von Ordnungspolitik, Einschränkung der Staatsfinanzierung, Regelbindung und androhten Sanktionen einerseits und der Bereitschaft zu "mehr Staat" und riskanterem Einsatz von unorthodoxen Finanzinstrumenten, speziell in einer außergewöhnlichen Situation, andererseits haben sich in der Krise augenscheinlich vertieft. Das hat nicht so sehr damit zu tun, ob sich eine Regierung grundsätzlich der möglichsten Abstinenz von staatlichen Interventionen verschrieben hat. Die Krise zwang auch Regierungen mit gut etablierter marktwirtschaftlicher Tradition wie die der USA dazu, Bedenken wegen Moral Hazard, Wettbewerbsregeln und Inflationsbedenken vorübergehend außer Kraft zu setzen ("too big to fail") und die Finanzinstitute massiv zu stützen.

Neue Nahrung erhielten Argumente, die schon vor der Krise immer wieder gegen die Methoden der Ökonomie vorgebracht worden waren: Die Wirtschaftstheorie bediene sich im Interesse der Stringenz ihrer Argumentation sehr abstrakter Annahmen, die zu wirklichkeitsfernen Ergebnissen führen müssten. Mit Rücksicht auf die Rechenbarkeit nehme die Ökonomie noch immer wirtschaftlich rationales Verhalten der Wirtschaftssubjekte an. Auch neuere als diese klassischen Verhaltensannahmen, etwa die Lucas-Ökonomie der rationalen Erwartungen oder die These von der Effizienz der Finanzmärkte, erwiesen sich nun aber als unhaltbar.

Die Ökonomie schenke der mathematischen Ausformung ihrer Annahmen mehr Aufmerksamkeit als dem Blick auf benachbarte Sozialwissenschaften oder auf historische Erfahrungen. Sie verwende hochgezüchtete statistische und ökonometrische Verfahren, um unzureichende Daten auszupressen. Die imponierenden Methoden der Ökonometrie könnten darüber hinwegtäuschen, dass die empirische Evidenz in der Regel viel zu schwach ist. Häufig wiesen die Ergebnisse keinen höheren Informationsgehalt auf, als ohnehin in den Annahmen ins Modell eingebaut worden sei. Die Verfahren seien vielfach so ausgefeilt, dass der Aufwand für die Überprüfung der Daten, Annahmen und Ergebnisse abschreckt. Die exakte Rechenbarkeit könne dazu verleiten, die schwache Relevanz der Ergebnisse zu verkennen. Und schließlich – wichtigste Kritik an der Verwendbarkeit ökonomischer Analysen – seien eindeutige und (einigermaßen) übereinstimmende Diagnosen und Empfehlungen unterschiedlicher Ökonomen eher die Ausnahme als die Regel.

Massive Kritik! "Warum", so fragte die britische Königin angesichts der Finanzmarktkrise, "hat das niemand kommen sehen?" Dem kann auch der Einwand nicht begegnen, dass tatsächlich vereinzelt Ökonomen eine Krise mit annähernd zutreffenden Argumenten – Symptome irrationalen Überschwangs (Shiller, 2005), Aufbau gefährlich labiler Bilanzstrukturen und spekulativer Blasen, allgemeiner Vertrauensverlust und unberechenbare Dynamik des Kollabierens von Kreditgebäuden, Mängel der Regulierung – sowie die möglichen Konsequenzen vorhersagten. In nahezu allen Aspekten gab es mindestens ebenso viele dem widersprechende Ansichten anderer Ökonomen von ähnlicher Reputation. Vereinzelt Warnungen mussten daher von der Politik nicht ernst genommen werden, zumal das äußerst unbequem, weil politisch mühsam gewesen wäre: Jedenfalls wäre es sehr riskant gewesen auf eine These zu setzen, die sich nachträglich als falsch erweisen würde. Die Krisenwarnungen der zahlreichen Bedenkenräger in der Wirtschaftswissenschaft und ihrer politischen Umgebung können auf Dauer nicht ernst genommen werden, auch wenn sie unvermeidlich manchmal Recht behalten.

Aus Rücksicht auf die schwierige Entscheidungssituation der Politik und auf selbstverwirklichende Effekte von veröffentlichten Prognosen formulieren denn auch die verantwortungsbewusste Wirtschaftsforschung gerne vorsichtig optimistisch und deuten extreme Eventualitäten eher in kommentierenden Fußnoten an. Zu groß ist das Risiko von Fehlprognosen, und negative Prognosen kann man vermeiden, indem man als Annahme postuliert, dass die Politik gegensteuern werde.

Methoden der Wirtschaftswissenschaft

Ein spezieller Vorwurf richtet sich gegen die Mathematisierung der Ökonomie, speziell gegen hochgezüchtete Methoden der Ökonometrie. Angesichts der durchwegs unzulänglichen Datenlage hätten diese Instrumente hauptsächlich den Effekt, schein genaue Aussagen gegen Kritik zu immunisieren und den Anschein der Wissenschaftlichkeit zu erwecken.

Was tatsächlich mit ausreichender Genauigkeit mess- und rechenbar ist, muss berechnet werden. Wenn Ergebnisse allerdings mit weniger anspruchsvollen Methoden oder mit einfacher Dateninspektion verlässlich gewonnen werden können, genügen diese. Der Einsatz übertriebener Mittel ist ineffizient und suggeriert, die Aussagen würden höheren Ansprüchen genügen als die Methode tatsächlich zulassen würde. Dennoch sind in vielen Fällen gesicherte Erkenntnisse nur mit dem Instrumentarium statistischer Tests, mit Konfidenzintervallen, Prüfung der Robustheit der Ergebnisse in Bezug auf alternative Annahmen, Garantie der Konsistenz der Aussagen, Prüfung der Richtung von Kausalität usw. zu erlangen. Der eigentliche Vorwurf gegen mathematisch-formale Modelle lautet viel eher, sie würden von wesentlichen Erklärungen der Realität und wirklich relevanten Fragestellungen ablenken.

Das konkrete historische Ereignis der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ereilte große Teile der ökonomischen Profession wie Talebs "Schwarzer Schwan": Sein Auftreten konnte als unwahrscheinlich angesehen werden, es war von explosiver Dynamik und verheerender Tragweite. Die Ex-post-Analysen werden vielleicht für die Zukunft ausschließen, dass sich die Krise auf ähnliche Weise und mit vergleichbaren Konstellationen wiederholt.

Dennoch könnte ein anderes ähnlich unwahrscheinliches Ereignis die Ökonomie und die Politik schon in naher Zukunft ähnlich unvorbereitet treffen. Als Folge der Krise ist wohl einzugestehen, dass die gängigen, auf dem neoklassischen oder post-keynesianischen Konsens beruhenden Multi-Purpose-Modelle nur in Ausnahmesituationen mit Aussicht auf relevante Aussagen eingesetzt werden können. Öfter generieren sie, weil sie die tatsächlichen Mechanismen nicht adäquat abbilden, Nicht-Information, wenn nicht Schlimmeres.

Der Optimismus, den auch das WIFO in Hinblick auf das Gelingen einer Währungsunion in einer erkennbar noch nicht optimalen Währungszone vertrat, stützte sich auf Lernprozesse, wie sie die österreichische Hartwährungspolitik in den 1980er-Jahren erfolgreich absolviert hatte. Die eher unorthodoxen Klauseln des Maastricht-Vertrages über die Wirtschafts- und Währungsunion gegen inadäquate Reaktionen der traditionellen Weichwährungsländer schienen ausreichend. Das erwies sich jedoch als Irrtum: Dass die massive Senkung der Zinssätze in den Weichwährungsländern Kreditnehmer wie Kreditgeber zur lockeren Kreditvergabe verleiten würde, wurde leider nicht erkannt.

"Neues ökonomisches Denken"

Zur Ehrenrettung der in scharfe Kritik geratenen Ökonomie muss nun aber auch festgehalten werden, dass gegenwärtig sehr schnell Zweige sprießen, die weit über die traditionelle Engführung dieser Wissenschaft hinausreichen und sich der sehr komplex gewordenen Realität nähern. Schon vor dem Eintritt der Krise gab es dafür Belege: etwa die Institutionen-Ökonomie oder den Fortschritt psychologischer Hypothesen in Modellen wirtschaftlich relevanten Verhaltens oder die Diskussion über die ökonomischen Aspekte des komplexen Kriteriums "Nachhaltigkeit", besonders am Beispiel Klimapolitik. Dabei stieß die Diskussion mitunter rasch auf philosophische und ethische Grundfragen. Diane Coyle sah sich schon 2007 veranlasst, eingehend und anhand aktueller Fragen für die Relevanz der Ökonomie zu plädieren (Coyle, 2007).

Die neueste Entwicklung, vielfach von der Krise angestoßen, geht darüber noch weit hinaus. Sie akzeptiert bewusst, dass ökonomische Prozesse mit Beweggründen eng verquickt sind, die sich der Individual- und Sozialpsychologie, Soziologie, der Kognitions- und Informationswissenschaft, der Innovations- und Kreativitätsforschung, der Anthropologie sowie der Wirtschaftsphilosophie und Ethik erschließen.

Einfluss auf die verfehlte Deutung von Vorboten der Krise ist der gänzlich ahistorischen Arbeitsweise der herrschenden ökonomischen Schulen zuzuschreiben. Sehr vorübergehend schien diese Haltung durch Francis Fukuyamas These vom "Ende der

Geschichte" noch bestätigt. Lehren aus der Geschichte wurden zwar von der Politik (G 20) unter dem Eindruck des ersten Schocks nach dem Bankrott von Lehman Brothers berücksichtigt, doch verloren sie wieder an Bedeutung, als die Rezession zu Protektionismus drängte und die Staatsschuldenkrise in Griechenland ausbrach.

Der Ruf nach Inter- oder doch wenigstens Multidisziplinarität wurde lauter und sollte nicht überhört werden. Die Einwände gegen eine um Interdisziplinarität erweiterte wirklichkeitsnähere "General Theory" sollen nicht bagatellisiert werden, um nicht Dilettantismus zu riskieren. Aber die informierte gegenseitige Kenntnisnahme der verschiedenen sozialwissenschaftlichen Traditionen und Sprachen sowie Versuche eines Dialogs zwischen ihren Disziplinen sind unerlässlich. Auch die Ökonomie sollte beherzigen, was Stephan Jansen meint: "Die wirklichen Probleme sind undiszipliniert."

Die Krise hat Entwicklungen in der Ökonomie beschleunigt und bestätigt, die sich längst außerhalb ihres Mainstreams, von diesem nicht selten verlacht, angebahnt haben. "Alternative" Ansätze konnten mit methodischen Einwänden abgetan werden: so etwa die Evolutionsökonomie. Tatsächlich sind manche derartige Versuche, verglichen mit der vorherrschenden akademischen Ökonomie, von unausgereiften Methoden, begrifflichen Unschärfen, willkürlichen Annahmen und wenig stichhaltigen, intuitiven Analogien (z. B. mit biologischen Organismen) sowie mitunter auch von verdächtig subjektiver Voreingenommenheit bis hin zu missionarischem Eifer gekennzeichnet.

Was ihnen an Methodik und Rigorosität fehlt, wird aber möglicherweise durch Relevanz wettgemacht. Unter dem Einfluss der Krise lässt sich beobachten, wie breit diese Bewegungen mittlerweile geworden sind und wie sehr das Ungenügen etablierter rein ökonomischer Modelle solche alternativen Pfade aussichtsreich gemacht hat. Im April 2012 fand in Berlin eine wahre Heerschau des "neuen ökonomischen Denkens" statt: Das von George Soros gestiftete Institute of New Economic Thinking (INET) hielt unter dem Titel "Paradigm Lost: Rethinking Economics and Politics" seinen Jahreskongress ab¹⁾, mit einem so breiten Angebot wie bisher nur auf dem Jahreskongress der American Economic Association. Vorangegangen war die Initiative zu einem Forschungsprogramm über "Imperfect Information Economics" des INET. Unter den Beiträgen finden sich auch prominente Vertreter der akademischen Ökonomie (Axel Leijonhufvud, Joseph Stiglitz, Dennis Snower, Peter Bofinger usw.), überwiegend allerdings solche, die der Perfektionierung neoklassischer Modelle des Gleichgewichts, der rein ökonomischen Nutzenmaximierung und der rationalen Erwartungen schon bisher nicht viel abgewinnen konnten, und manche, die einen "linken" oder "alternativen" Hintergrund aufweisen, daneben aber auch Vortragende aus dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank. Österreich war unter den Vortragenden nicht vertreten.

Noch in den 1990er-Jahren waren Illusionen über die Möglichkeit, Stabilität und Wirtschaftswachstum mit wenigen wirtschaftspolitischen Rahmendaten zu garantieren, Mainstream der Ökonomen. Schon nach der Beobachtung von wenigen Jahren verstiegen sich manche zur Hypothese, ein wesentliches Ziel der Ökonomie, nämlich spannungsfreies Wachstum sicherstellen zu können, sei erreicht. Rasches Wachstum der Produktivität sowohl der Real- wie der Finanzwirtschaft, verbesserte Geldpolitik basierend auf der Hypothese der Finanzmarktstabilität und "unaufgeregte" Budgetpolitik seien die Voraussetzungen für eine dauerhaft spannungsfreie Wirtschaftsentwicklung, für die Ben Bernanke 2004 den Ausdruck "great moderation" ("große Mäßigung") verbreitete. Inflation, Arbeitslosigkeit und Stagnation seien überwunden, wenn der Staat nicht unnötig eingreife.

Auch von den immer häufigeren akuten Krisen im monetären Bereich vieler Volkswirtschaften ließ sich diese Annahme zunächst nicht erschüttern. Die Notenbanken verwiesen auf eine andauernd mäßige Inflation der Verbraucherpreise bei hohem Wachstum, womit sie ihre Hauptaufgabe als erfüllt ansahen. Spekulative Blasen von Börsenwerten, Wechselkursen und Immobilien seien ex ante schwierig zu erkennen

Makroökonomie und europäische Wirtschaftspolitik

¹⁾ <http://ineteconomics.org/conference/berlin>.

und noch schwieriger mit geldpolitischen Mitteln zu entschärfen. Die Finanzmärkte tendierten ohnehin von selbst zu Stabilität.

Zwei fundamentale Schwachstellen der Modelle zur Analyse der Wirtschaftsentwicklung legte die Krise seit 2007 schonungslos offen: erstens die nachlässige Beschäftigung der modernen Wirtschaftswissenschaft mit Krisenphänomenen und Krisenmechanismen und zweitens die vollkommen ungenügende Analyse der wechselseitigen Zusammenhänge zwischen Real- und Geldwirtschaft.

Jahrzehnte hindurch beschäftigten sich die vorherrschenden Strömungen der Ökonomie nur ausnahmsweise mit dem Phänomen akuter und plötzlich ausgelöster Krisen, und wenn, dann überwiegend als überwundenes historisches Phänomen. Hyman P. Minsky setzte dem Vertrauen in die Selbstregulierung und Rationalität von Finanzmärkten ohne großen Erfolg seine Hypothese von der inhärenten Instabilität von Finanzmärkten entgegen (*Minsky, 1982*). Charles P. Kindlebergers Werk über historische Krisen und Depressionen (*Kindleberger, 1973, Kindleberger – Aliber, 2005*) zählte zum Lesestoff von Wirtschaftshistorikern, aber kaum zu jenem moderner Ökonomen.

Begriffen wie Wirtschaftskrise, aber auch Geld, Kredit und Überschuldung spielen in den makroökonomischen Modellen keine zentrale Rolle. Die Standard-Modelle der Makroökonomie kennen zwar Abweichungen vom Gleichgewicht und vom stabilen Wachstumspfad, doch werden diese entweder durch eingebaute Stabilisierungskräfte oder durch antizyklische Eingriffe entschärft. Plötzlich auftretende verheerende Krisen infolge des Platzens von spekulativen Blasen werden in den neoklassisch-postkeynesianischen Modellen nicht zugelassen; kaum modelliert sind auch Kredit, Vertrauen, überzogene Hebelwirkung (*leverage*), Überschuldung und weitgehend auch Vermögen. Vor diesem Hintergrund wurden der Politik gegen die von der Immobilienkrise in den USA ausgelösten, sich fortpflanzenden Effekte überzogener Fremdfinanzierung gleichzeitig keynesianische, neoklassische oder auch "österreichische" Rezepturen nahegelegt.

Der Keynesianismus kommt der Realität der Diagnose und Therapie einer solchen Krise sicher näher als die Neoklassik. Der hektische Abbau instabil gewordener Finanzkonstruktionen (*de-leveraging*) führte 2008 in kürzester Zeit zum Absturz von Finanzwerten, zum Austrocknen der Geldmärkte, damit der realen Nachfrage und zur realwirtschaftlichen Rezession. Ein Mittel gegen diese Entwicklungen ist, obwohl umstritten und in der Wirksamkeit befristet, eine Ausweitung der öffentlichen Nachfrage, solange der Staat selbst von den internationalen Finanzmärkten als kreditwürdig eingeschätzt wird oder Liquidität schaffen kann: Er kann Zeit gewinnen, solange der Abbau der Fremdfinanzierung und der spekulativen Bewertung von Besicherungen noch nicht sein Ziel erreicht hat.

Keynes gewann die Anregungen zur "General Theory" aus der Krise der 1930er-Jahre, die nur teilweise ähnliche Auslöser und Mechanismen aufwies wie die jüngste Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Vor allem war der Handel mit Derivaten viel weniger entwickelt, und Europa bestand noch aus makroökonomisch autonomen Nationalstaaten. Daher richteten sich die heute vorgebrachten "keynesianische" Empfehlungen entweder an den falschen oder an einen handlungsunfähigen Adressaten, nämlich den Nationalstaat, einen souveränen Schuldner, dessen Kreditwürdigkeit sich eben als nicht unbegrenzt erwiesen hat. Gegensteuern gegen die Krise setzt entschiedene Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit des Staates voraus. Eine in sich uneinige Währungsunion in der EU mit De-facto-Autonomie der Fiskalpolitik ihrer Mitglieder entspricht nicht dem Modell von Keynes.

Ordnungspolitik?

Staats- und Marktversagen sind eng verknüpft, bedingen und verstärken einander gegenseitig, sodass das Verschulden nie auf einer Seite liegt. Durch die Finanzmarkt-krise wurde die latente innereuropäische Kluft zwischen "Ordnungspolitik", verbunden mit fiskalischer Rechtschaffenheit, und dem Einsatz staatlicher Mittel, finanziert durch unorthodoxe quantitative Liquiditätsausweitung wieder aufgerissen. Der Konflikt zwischen ordnungspolitischer Grundsatzorientierung, dem Glauben an Regeln und Sanktionen einerseits und der pragmatischen Kunst des Dringlichen und Mögli-

chen andererseits verzögerte anstehende Entscheidungen dramatisch und brachte einen massiven Verlust an Vertrauen in die gemeinsame Währung und die EU selbst.

Angesichts der negativen Erfahrungen in der Krise erscheinen die ideologischen und dogmatischen Positionen erst recht nahezu unvereinbar. Wenn die notwendige und dringliche Einsicht beiderseits fehlt, braucht die Wirtschaftspolitik zwischen den beiden Positionen ungezählte wenig überzeugende Anläufe und kostspieliges wie zeitraubendes Trial and Error. Inzwischen schwelt die Krise und kann jederzeit zu Vollbrand führen.

Wenn sträfliche Unverantwortlichkeit der Budgetpolitik einseitig als Ursache der Krise und damit "Schuld der Schuldner" angenommen wird – was ökonomisch unsinnig ist – und auf diesen Befund hin strenge Austerität als Rezept verordnet wird, und wenn schließlich dieses Rezept bedrängten Regierungen aufgezwungen wird, dann ist es ein drittes Mal falsch, sich nicht die Frage zu stellen, wie der Staat die "vereinbarten" Ziele angesichts der unvermeidlichen Rezession überhaupt erreichen soll. Das löst massiven innenpolitischen Widerstand aus, erschüttert die demokratischen Institutionen und radikalisiert die Bevölkerung. Dann kann der Abbau der Staatsschuld schon gar nicht erreicht werden. Der angerichtete politisch-gesellschaftliche Schaden ist langfristig und enorm, das Risiko der Ansteckung von weiteren Ländern akut und unberechenbar. Eine langfristige Umstrukturierung der Schulden, der Wirtschaft und des Staates wäre billiger und zielführender.

Griechenlands Staatsfinanzen waren Ende 2009, als die Zerrüttung aufgedeckt wurde, schon unhaltbar. Dass die Schulden seither förmlich explodiert sind, belegt, dass liederliche Budgetpolitik nicht die einzige, nicht einmal die wichtigste Komponente der Katastrophe ist. Rasch wachsende Staatsdefizite – auch in anderen EU-Ländern – deuten auf schadhafte Strukturen hinter der Fiskalpolitik hin. Die fiskalische Situation ist eher das Symptom, nicht das Kernproblem. "Treating symptoms instead of causes is usually a good way to make a patient worse" (Larry Summers, Financial Times, 24. April 2012).

Bei aller fälligen Kritik am rasch entworfenen "Fiscal Compact" sprechen eine Reihe guter Gründe für den konsequenten Abbau von zu hohen Staatsschulden: der Anreiz zu Moral Hazard, wenn Rettung in extremis in Aussicht steht, die Beschädigung des Vertrauens in die Vertragstreue. Weiters: dass hohe und unkontrolliert wachsende Staatsschulden sehr wohl eine langfristige Lähmung der Wirtschaft nach sich ziehen, dass hohe und wachsende Schulden just in der beginnenden Epoche demographischer Alterung schicksalhaft ungünstig erscheinen, und dass sie zudem die immer schiefere werdende Vermögens- und Einkommensverteilung verschärfen; und schließlich, dass notwendige, aber politisch unbequeme Reformen hinausgeschoben werden, mit der Konsequenz, dass die Vorteile einer besser funktionierenden Volkswirtschaft entgehen. Durchwegs sind dies gute Argumente für Austerität.

Wenn aber eine einseitig auf Schuldenabbau gerichtete Politik die angestrebte fiskalische Sanierung von vornherein unerreichbar macht? Sparen, wenn sich die Budgetsituation dadurch noch verschlechtert? Es gibt sicher bessere Strategien. In einer so brisanten Situation unter dem "Druck der Märkte" (d. h. der internationalen Finanzanleger) fehlt die Zeit, sie zu planen und umzusetzen. Zeitgewinn wird in dieser Situation ein vorrangiges Ziel. Das Abgleiten des Euro-Raumes in Rezession und Depression muss wohl oder übel zuerst verhindert werden, bevor dauerhaftere Lösungen etabliert werden können. Einmal eingetreten, kostet, wie das Beispiel Japan zeigt, die Überwindung von Depression und Deflation "verlorene Jahrzehnte" und desavouiert auf Dauer seriöse Budgetpolitik.

Alles spricht für die Abstimmung von Schritten und Timing. Dazu müssten die Regierungen der EU-Länder und die europäischen Institutionen stärker sein als sie nach drei Jahren Krisenbekämpfung sind. Die mühsam entwickelten Instrumente zur Bekämpfung einer ausufernden Krise der Staatsfinanzen genügen noch nicht, um Zeit für die Erarbeitung tragfähigerer und ausgewogener mittelfristiger Strategien zu gewinnen.

Wirtschaftskrise und Wirtschaftsforschung

Auch in Österreich sah die seriöse Wirtschaftsforschung die sich anbahnende Krise nicht voraus. Immerhin stimmte jedoch das Institut für Wirtschaftsforschung nicht in den Chor ein, der bis zuletzt alles befürwortete, was sich dann als eine der Vorbedingungen eines so schweren Rückschlages erwies. Auf die Risiken anhaltender weltweiter Ungleichgewichte, auf die Instabilität und die Ineffizienz der Finanzmärkte und auf die ungenügend handlungsfähige europäische und internationale Politik wurde immer wieder hingewiesen.

Aus der spannenden Analyse der Ursachen der Krise, ihrer Ausbreitung und Verstärkung durch internationale Ansteckung und ihrer chaotischen Kulmination werden Lehren gezogen werden. Folgerichtig hat das WIFO seinen Blick über den vertrauten, aber begrenzten österreichischen Rahmen gehoben. Es hat eine Rolle im europäischen Verbund der ökonomischen Analyse übernommen.

Die nahezu atemlose Beobachtung der Wirtschaftskrise und die besorgte Frage nach Konsequenzen, welche die Ökonomie daraus ziehen kann, erlaubt mir ein paar Hinweise auf Arbeitsgebiete, die mir für die Aufgaben des Instituts relevanter geworden zu sein scheinen:

Überwindung der Krise und "Nachhaltigkeit"

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist kein rein wirtschaftliches, möglicherweise nicht einmal ein überwiegend wirtschaftliches Phänomen. Möglicherweise kann man sie als generelle Systemkrise auffassen. Auch die Funktionsfähigkeit der Demokratie in Europa wie in Österreich ist betroffen. Fragen nach dem Sinn des Wirtschaftens, nach den Pflichten gegenüber nachfolgenden Generationen und nach weniger oberflächlichen Maßstäben für gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritt werden vom nächsten Konjunkturaufschwung, so er kommt, nicht gegenstandslos gemacht.

Ob die Überwindung der Krise eine allmähliche Abwendung von der Banalität der westlichen Konsum-"Kultur" zu sinnvolleren Verwendungen der geistigen Leistung bringen oder voraussetzen wird, sei dahin gestellt. Sicher wird sie aber mit getragen sein von einem schrittweisen Übergang zu Alternativen unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit. Schwerpunkte sind dabei die Energieverwendung mit Implikationen für Mobilität, Bauen und Alltagsgewohnheiten sowie die Nutzung und Kontrolle der rasch zunehmenden Intelligenz der Computer und des Internet.

Nachhaltigkeit ist viel mehr als Langfristigkeit und unendlich viel mehr als der banale Gebrauch des Wortes. Nachhaltigkeit verlangt nicht nur, an die Grenzen der Ökonomie zu gehen, sondern darüber hinaus. Das WIFO hat "Nachhaltigkeit" viel früher als andere Wirtschaftsforschungsinstitute in sein Programm aufgenommen.

Makroökonomische Integration von Realwirtschaft und Finanzwirtschaft

Die Schuldenkrise geht vom Finanzsystem aus. Als grundlegende Bausteine erwiesen sich: dass das Wort "Kredit" von Vertrauen kommt, dass "Wall Street" und "Main Street" nicht getrennte Welten verkörpern, und dass die Eigendynamik des Finanzsystems dubios wurde; dass die Finanzwelt sich ihrer als dienend gedachten Rolle zu entziehen sucht; dass die Wirtschaftsforschung hinsichtlich der Frage nach der eigentlichen Rolle der Banken in der Volkswirtschaft auf die fragwürdige Konvention der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwiesen ist.

Die makroökonomischen Standardmodelle der Wirtschaftsforschung bilden die Zusammenhänge zwischen Finanzsektor und Realwirtschaft notorisch dürftig ab: Der Finanzsektor hängt nur über schwache Brücken mit dem Realsektor zusammen und ist auch in seinen internen Strukturen nicht voll ausgebildet (z. B. unterschiedliches Verhalten von Investmentbanken und Universalbanken). Das hat gewiss triftige Gründe, darf aber nicht so bleiben. Der erste Schritt wäre wohl die Integration eines sektoralen Satellitenmodells oder besser die Entwicklung eines vierpoligen Modells der Interaktionen zwischen Staat, Zentralbank, Finanzsektor und Privatsektor. Die Krise hat die Effekte und Grenzen von privater und öffentlicher Verschuldung grell beleuchtet. Sie besser zu modellieren, hat hohe Priorität.

Dann blieben noch immer Fragen offen, die die Krise aufgeworfen hat: nach dem Zusammenspiel von traditionellen Bankgeschäften und dem Investmentbereich, nach der politischen Macht von Finanzkonzernen, nach der Doppelrolle des Staates als wichtiger Klient und als Aufseher über den Finanzsektor oder sogar als Eigentümer, nach der tatsächlichen Gefahr von Moral Hazard mit Seitenblick auf einen hel-

fenden Staat. Der Wirtschaftsforschung stellen sich somit in den nächsten Jahren vielfältige Aufgaben.

Die Grundlagen des in der Nachkriegszeit geschaffenen Sozialstaates erscheinen durch die Krise schwer erschüttert. Diese Diagnose wird durch grundsätzliches Beharren auf der Errungenschaft der gesellschaftlichen Solidarität und durch Zweckoptimismus nicht entkräftet. Ursache dieser Entwicklung ist nicht der "Neo-Liberalismus", der selbst nur eine Folge tiefgreifender soziologischer Umwälzungen ist. Aus den Veränderungen der Struktur von Familien und Haushalten, der Formen der Arbeit, aus der Wandlung von Technologie und Standorten der Industrie, der Präferenzen der Nachfrage, des Bildungsgrades in Bezug auf Autonomie und Selbstverwirklichung ergeben sich vielfältige Rückwirkungen für die Konstruktion des Sozialstaates. Eine Schlüsselrolle spielen die enorme Kostenbelastung des Faktors Arbeit und die Steuerflucht mobiler Steuerbasen.

Der Sozialstaat darf deshalb nicht, wie es die Teaparty fordert, grundsätzlich verdammt oder für überwunden erklärt werden – die Krise auf den Finanzmärkten desillusionierte auch die scheinbare Alternative der Finanzierung durch Kapitaldeckung weitestgehend. Der Sozialstaat muss im Gegenteil Zukunft haben: Der Bedarf an sozialen Leistungen wird stark zunehmen. Eine große Mehrheit der europäischen Bevölkerung spricht sich für ein sozialstaatliches Modell aus. Das verweist die ökonomische Frage wieder auf die Umstände der Steuer- und Abgabenfinanzierung und auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Eine Gesamtschau der altersbedingten Kosten und der allenfalls zu entwickelnden Potentiale in Altersvorsorge, Pflege-, Gesundheits-, Bildungssystem und in der Infrastruktur steht in Österreich jedoch aus, weil ihr die Politik ausweicht.

Die herkömmlichen wirtschaftspolitischen Rezepte sind vielfach wirkungslos geworden. Ein Zusammenspiel wirtschaftspolitischer Akteure wie im "Austro-Keynesianismus" ist längst Geschichte. Die europäische und damit auch die österreichische Gesellschaft stehen vor Zukunftsproblemen, die nur der Blick von mehreren Standpunkten transparent macht. "Große Probleme sind undiszipliniert". Ihre Behandlung ist aussichtsreicher, wenn Fachleute verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen zusammenarbeiten. "Interdisziplinär" ist fürs Erste ein zu hoher Anspruch. Für den Austausch von Erkenntnissen sollten aber über herkömmliche Fakultäten und Disziplinen hinweg Plattformen gebaut und genutzt werden. Der erste Schritt sind aufeinander abgestimmte Forschungsfragen.

Eine der Prioritäten ist, wie die Krise schlagend belegt hat, die generelle "Geschichtslosigkeit" der Ökonomie zu überwinden. Das trägt auch dazu bei, Epochen tiefgreifender Unsicherheit und Neuorientierung von Konjunkturtälern zu unterscheiden, und hindert, auf ein kurzlebiges Aufflackern die übliche Konjunkturschablone anzulegen und einen "Aufschwung" zu vermuten.

Zwei vorrangige Bereiche sind das System "Gesundheit" und das System "demographische Alterung". Rein wirtschaftlich scheint es dabei um makroökonomische Finanzierungs- und Verteilungsprobleme zu gehen. Beide Themenkreise reichen in ihrer Qualität und Wirkung weit über betriebliche, fiskalische und institutionelle Gesichtspunkte hinaus in Bereiche der metaökonomischen Strukturen und Ziele der Gesellschaft. Sie sind jedenfalls nicht nur Kostenfaktoren, sondern müssen auch als Potentiale für Fortschritt verstanden werden. Der mögliche Nutzen wird aus dem ökonomischen Blickwinkel häufig unterschätzt oder, weil es um nicht-materielle Werte geht, die sich einer objektiven Quantifizierung entziehen, von der Ökonomie überhaupt vernachlässigt.

Bewusst steht im vorliegenden Beitrag die zentrale Rolle der Qualität des Bildungssystems nicht in einer Reihe mit wichtigen Komplexen wie "Gesundheit" oder "Alterung". Bessere Bildung bedeutet bessere Gesundheit und ein sinnerfülltes Alter. Bessere Bildung ist aber auch die grundsätzliche Antwort auf die Herausforderung des Sozialstaates: Die Qualität der Bildung entscheidet über die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und über die Möglichkeiten, den Sozialstaat zu finanzieren. Sie ist am ehesten in der Lage, zeitgemäße neue Formen der Solidarität zu entwickeln.

Sozialstaat, Verteilung, Fairness

Problem-, Systemdenken und Interdisziplinarität

Bildung, Kreativität, Innovation

Hier sei Gösta Esping-Andersen in seinem Vortrag anlässlich des 75-jährigen Jubiläums des WIFO zitiert: "Die Herausforderungen, die sich uns in Zukunft stellen, sind im Einzelnen nicht prognostizierbar. Wir sind dafür aber unter allen Umständen am besten gerüstet, wenn wir der bestmöglichen Bildung Vorrang geben. So wird unsere Gesellschaft auch mit den Überraschungen besser fertig, die uns die Zukunft bereithält. Gebt Euren Kindern das Beste an Bildung, was ihr aufbringen könnt!"

Zehn Jahre später ist diese Forderung – zumindest in Österreich – nicht verwirklicht und deshalb umso dringlicher. Gemessen am formalen Bildungsniveau tritt nun die bestausgebildete Generation der Geschichte ins Erwerbsleben ein. Gemessen daran, ob das Potential menschlicher Fähigkeiten, der Kreativität, der menschlichen und sozialen Intelligenz maximiert wurde trifft dies aber bei weitem nicht zu. Das WIFO darf nicht müde werden, bessere Antworten auf diese Schlüsselfrage der Zukunft zu urgieren.

Literaturhinweise

- Tichy, G., "Nachhaltiges Wachstum?", *Wissenschaft und Umwelt interdisziplinär*, 2009, (13).
- Tichy, G., "Bessere Modelle oder gesunder Menschenverstand? Was wir aus der Finanzkrise lernen sollten", in Gehrke, Ch., Stum, R. (Hrsg.), *Modelle, Wirklichkeit und Krise: Politische Ökonomie heute*, Marburg, 2011.
- Sedláček, T., *Die Ökonomie von Gut und Böse*, Prag, 2009 (tschechisch; deutsch: Hanser, München, 2011).
- Shiller, R. J., *Irrational Exuberance*, 2. Auflage, Princeton, 2005.
- Coyle, D., *The Soulful Science. What Economists Really Do and Why It Matters*, Princeton, 2007.
- Minsky, H. P., *Can "It" happen again? Essays on Instability and Finance*, M.E.Sharpe, Armonk, NY, 1982.
- Kindleberger, Ch. P., *The world in depression. 1929-1939*, 1. Auflage, University of California Press, Berkeley, 1973.
- Kindleberger, Ch. P., Aliber, R. Z., *Manias, Panics and Crashes. A History of Financial Crises*, 5. Auflage, John Wiley & Son, Hoboken, New Jersey, 2005.

Economic Crisis and Economics – Summary

The credit crunch and economic crisis have shaken the very foundations on which economists build their science. Economic scientists have renewed their efforts to find a new fundamental understanding of the economic system and create more suitable models to analyse future developments, especially models that send out early warning signals. Economic policy is searching for ways out of the crisis through stricter rules to govern sovereign debt and by enhanced stimulation of growth. For economics, aspects such as sustainability, interdisciplinary collaboration of the social sciences, shoring up the welfare state and improving the health, old-age pension and education system are gaining in importance.